

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausverleger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Sprengel-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und
Bestellungen für Anzeigen und

Telegramme: Lageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 231

Sonnabend, den 1. Oktober 1932

27. Jahrgang

Herriot als Völkerbundsverteidiger

Belanglose Redereien in Genf — Deutschland hört nicht zu — Wieder deutsche Kolonien?

Genf, 29. September. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung hielt Herriot die angekündigte Rede, die von einem zahlreichen Publikum angehört wurde. Herriot sprach zu verschiedenen Fragen und betonte eingangs seine Ausführungen, daß er lediglich das Wort ergreifen habe, um zum Abschluß der Generaldebatte die alte Anhänglichkeit Frankreichs zum Völkerbunde erneut zu betonen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der französische Ministerpräsident auf die verschiedenen Ereignisse des letzten Jahres kurz ein. Zur Abrüstungsfrage erklärte er, er habe nicht die Absicht, Worte zu gebrauchen, die die Stimmung der Versammlung trüben könnten. „Wir sind nicht hier“, so erklärte er, „um festzustellen, was uns trennt, sondern was uns vereint. Es ist im Allgemeinen sicher richtig, seine Meinung ehrlich zu sagen, anstatt sie zu verheimlichen. Man macht aber die Schwierigkeiten noch schlimmer, wenn man zu viel von ihnen spricht. Die Schwierigkeiten sind so groß, daß wir mit größter Gewissenhaftigkeit darüber nachdenken müssen, denn wenn wir Fehler machen, so gefährden wir auf Schwere das Schicksal der Menschheit, die auf uns bauen. Welcher Art auch die Komplicationen sein mögen — Frankreich hat den festen Willen, im Interesse der Abrüstungsanstrengung und der allgemeinen Beruhigung mutig an diese Schwierigkeiten heranzugehen.“

Er könne nicht zugeben, fuhr Herriot fort, daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz im Juni und Juli ohne reale Bedeutung gewesen wären. Es seien die ersten Ergebnisse der Konferenz. Man sei jetzt aus dem Gebiete der Ideologie auf den Boden der Tatsachen gestiegen.

Hier liege eine der Ursachen für die Krise, in der sich der Völkerbund befinde. Wenn man frage, was die Doktrin Frankreichs sei, so antworte er: Der Völkerbundsgeist, und zwar der ganze Völkerbund. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich Herriot mit den Konferenzen von Lausanne und Streja.

Die Konferenz von Lausanne habe trotz aller Schwierigkeiten und gegensätzlichen Meinungen mit einem Uebereinkommen geendet. Man habe wahrscheinlich noch nicht genügend zeitlichen Abstand genommen, um ihre volle Bedeutung zu begreifen. Man könne noch nicht behaupten, erklärte Herriot, daß Frankreich, das sich so herzlich an das Abkommen angeschlossen habe, ein Land sei, das sich den Notwendigkeiten der Verständigung verschließe.

Herriot würdigte dann das Ergebnis der Konferenz von Streja, das ein ermutigendes Beispiel sei. Frankreich werde auch künftig mit seiner Mitarbeit nicht geizen.

Der Völkerbund habe zwei Feinde: Die Reaktion und die Demagogie. Auf beide könne man keine Rücksicht nehmen.

Herriot schilderte dann weiter die Tätigkeit des Völkerbundes im vergangenen Jahre auf dem Gebiete der Friedenssicherung und erklärte, der Völkerbund hätte zwei Aufgaben, nämlich die Verminderung, wenn nicht gar die Unterdrückung der alten Geheimdiplomatie, die so viele Kriege hervorgerufen habe, und die Beendigung des klassischen Systems der Gruppierungen der großen Mächte nach Gesichtspunkten des Kriegsgewichts. Der Völkerbund habe nach nicht den Krieg beseitigen können, aber die Gewaltanwendung sei vermindert worden. Herriot schloß mit einer Erinnerung an Briand. Die Rede wurde von der Völkerbundsversammlung mit Beifall aufgenommen.

Nach dem französischen Ministerpräsidenten ergriff der englische Delegierte Lord Robert Cecil das Wort. Lord Cecil betonte, die Kritiker des Völkerbundes hätten Unrecht, wenn sie sagten, daß der Völkerbund nichts tue. Der englische Delegierte sah jedoch auf die deutsch-französischen Beziehungen zu sprechen die erbilligt gekürt werden müssen. Mit einer Einigung zwischen Deutschland und Frankreich wären 75 Prozent der Anstrengung in der Welt aufzuheben. Ohne Kritik oder aber sich in die Politik der beiden Länder wieder einmischen zu wollen, müsse er sagen, wenn jedes der beiden Länder sich mehr an den Völkerbundsgeist hielten ihre Meinungsverschiedenheiten automatisch zu Ende wären. Lord Cecil schloß mit einem ersten Appell an die Mächte, sich ihrer Verantwortung für das Gelingen oder Scheitern der Abrüstungskonferenz voll bewußt zu sein.

Als dritter Redner sprach der italienische Unterstaatssekretär Wolff, der erneut den Willen der italienischen Regierung zu einer aktiven Mitarbeit zur Behebung der bestehenden Schwierigkeiten bekundete. Italien halte nach wie vor an seinen Grundfragen fest, nämlich an einer größtmöglichen Herabsetzung der Rüstungen, an einer Erhöhung der Sicherheit durch die Abrüstung und dadurch auch an der Erhöhung der Sicherheit jedes einzelnen und aller Staaten. Der Erfolg der Abrüstungskonferenz sei verknüpft mit dem Glauben an die Lösungsmöglichkeit der internationalen Zusammenarbeit. Das zweite Problem, dem die italienische Regierung die größte Bedeutung zumißt, sei der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt, um endlich wieder zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht zu gelangen. Mit Einschränkungen, Kontingenterungen und Präferenzen, mit Handelsverträgen und mit Auswanderungsverboten würde nur das Gegenteil erreicht. Wolff sprach jedoch noch über die Konferenz von Streja, die als erster Schritt auf diesem Wege gelte, und schloß mit einem erneuten Hinweis auf den guten Willen Italiens.

Die Sitzung wurde sodann auf morgen vormittags 10.30 Uhr vertagt.

Deutschland hat alle seine mit Mühe erworbenen und durch eisernen Fleiß hochgebrachten Schutzgebiete durch einen einzigen Federstrich nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges verloren. Das war und ist unter den furchtbaren Schlägen, die uns getroffen haben, eine der schwersten Heimtuchungen: Die Verzichtnahme auf Schutzgebiete. Gerade durch den Verlust unserer aufblühenden Schutzgebiete ist dem deutschen Volke die Absatz- und Einfuhrmöglichkeit, aber auch der Raum für die Ausbreitung entzogen worden. Halten wir Umschau unter unseren ehemaligen Schutzgebieten, so haftet unser Blick am schmerzhaftesten auf Ostafrika. Selbstverständlich vermiffen wir auch die anderen Schutzgebiete bitter: das wertvolle Südwestafrika mit dem Erzvorkommen und den landwirtschaftlichen Oasen, das fruchtbare Togo, das entwicklungsfähige Kamerun, die kleinen, aber als Stützpunkte zu schätzenden Inseln im Stillen Ozean, am wichtigsten aber bleibt Ostafrika. Fast doppelt so groß wie das Deutsche Reich selbst mit nur 8 Millionen Bewohnern, hätte es Raum zur Ansiedlung von mehreren Millionen Deutschen, deren Arbeitskraft im Vaterlande heute brach liegt. Der Versailleser Zwangsfriede hat das Land, das deutscher Fleiß und — nachdem das unvermeidliche Vergehrt geendet war — deutsche Verwaltung in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit hochgebrocht hatten, zum Hauptteil an England, zum kleineren an Belgien ausgeliefert. Welche Staaten haben bisher keinen Nutzen aus ihrem „Mandatsgebiete“ gezogen, nur Geld draufgelegt, aber auch dem Lande kein Glück gebracht. Frankreich unter den Eingeborenen haben, da die Gesundheitsfürsorge seitens der Regierungen schwer verlagte, die Eingeborenen in schredlicher Weise zu lichten begonnen. Der Versuch, Steuern und Zölle herauszugupressen, hat zu einer Verarmung und Unzufriedenheit geführt, die in der jüngsten Zeit bei vielen Gelegenheiten vorgetreten sind. Wenn England trotzdem aus dem „Mandat“ eine „Kolonie“ zu machen entschlossen ist, so beruht diese Absicht nicht auf einer erhofften besseren Aufgestaltung der Zustände, sondern auf dem weltimperialistischen Streben Englands, durch ganz Afrika, von der Klimänderung bis nach Kapstadt, seine Oberherrlichkeit auszuüben.

Daß Ostafrika in seinen hochgelegenen Teilen gesunde und sehr ausichtsvolle Siedlungsgebiete für tropische und halbtropische Unbauwirtschaft zu bieten vermag, unterliegt keinem Zweifel. Noch heute blühen dort die wenigen deutschen Siedlungen, die wieder zugelassen worden sind. Es ist bekannt, mit welcher Anhänglichkeit sich die Eingeborenen den Deutschen angeschlossen haben. General von Lettow-Vorbeck hat Ergreifendes darüber berichtet. „Als keine schwarzen Truppen im November 1918 die Waffen niederlegen mußten, fiel der Ausspruch: „Die Deutschen haben strenge Worte, aber ein gutes Herz. Die Engländer aber haben zwar freundliche Worte, aber ein schlechtes Herz.“ Beim Abschied von Daresalam sagte ein schwarzer Führer zum General von Lettow-Vorbeck: „Eure Bundesgenossen haben Euch verlassen, und Ihr seid gezwungen worden, einen unglücklichen Frieden zu schließen. Wir wissen aber auch, was für eine Kraft in Deutschland steckt. Wir sind Euch gefolgt durch den ganzen Krieg. Wir haben gesehen, was Ihr könnt und wer Ihr seid. Ihr könnt Euch auf uns verlassen, wenn Ihr uns wieder braucht.“ Nach rund 13jähriger Verwaltungzeit Englands haben sich die Abgesandten des ostafrikanischen Mandatsgebietes bei ihrer Anwesenheit zu London, als es sich um den Übergang in ein britisches Kronkolonialgebiet handelte, in gleichem Sinne ausgesprochen und die englische „Annexion“ abgelehnt: „Die Deutschen wären uns lieber!“ Ob sie allerdings dem Willen Englands erfolgreich Widerstand zu leisten vermögen, ist leider eine andere Frage. Immerhin kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß Ostafrika als Mandatsgebiet für Deutschland von einem außerordentlich großen Nutzen sein würde. Ohne hohe Kapitalanlage liegen sich z. B. in Usambara zehntausende von Familien anstellen, allerdings erst einmal ein Anfang, aber doch ein Beweis dafür, daß im deutschen Volk der Wille wieder erwacht ist, den Weg der Kolonisation zu beschreiten und ein Beispiel zur Nachahmung zu geben. Selbstverständlich dürften weder vormalige technische Engfertigkeiten noch gewinnmindernde Knauferien den gelegten Keim zerstören, sondern Großzügigkeit und Unternehmungsgestalt des Fleiß befruchten, um den tauglichen Begriff „Volk ohne Raum!“ durch die Tat zu widerlegen. Hierin liegt das Wiedererwachen der nationalwirtschaftlichen Wachstumsfähigkeit. Oberg a. D. Emanuel.

Reichskabinett billigt die Haltung Neuraths

Berlin, 29. Sept. Das Reichskabinett nahm in seiner heutigen Sitzung einen Bericht des Reichsaussenministers Freiherrn von Neurath über die Genfer Tagung entgegen und billigte einstimmig die Haltung des deutschen Delegationsführers. Sodann beriet das Kabinett eine Reihe von Wirtschafts- und Verwaltungsfragen.

156 politische Todesopfer in diesem Jahre

Berlin, 29. Sept. Das preussische Ministerium des Innern hat eine Statistik aufgestellt über die Todesfälle bei politischen Ausschreitungen vom 1. Januar d. J. an. Danach ergibt sich, daß bis zum Abschluß der Statistik am 28. September insgesamt 156 Personen getötet worden sind. Dadurch, daß am vergangenen Sonntag bei Zusammenstößen in Köln ein Kommunist von Polizeibeamten erschossen wurde, erhöht sich diese Zahl auf 158.

Im einzelnen stellt sich die Statistik folgendermaßen dar: Im Januar wurden 8 Nationalsozialisten und 2 politisch nicht näher bezeichnete Personen getötet. Im Februar 8 Nationalsozialisten und drei Kommunisten, davon einer durch die Polizei, sowie 2 sonstige: im März 2 Nationalsozialisten und 9 Kommunisten; im April 2 Nationalsozialisten und 8 Kommunisten; im Mai 2 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten und ein nicht näher Gekennzeichneter, im Juni 4 Nationalsozialisten und 5 Kommunisten, davon 3 durch die Polizei; im Juli 38 Nationalsozialisten, 20 Kommunisten, 4 Angehörige des Reichsbanners, der SPD, oder der Eisernen Front und 14 nicht näher Gekennzeichnete Personen; von diesen Todesopfern des Juli waren 22 Nationalsozialisten, 18 Kommunisten, 4 Angehörige der Eisernen Front und 11 sonstige Opfer von Zusammenstößen, die vor dem 20. Juli, dem Tage der Einsetzung des Reichskommissars, erfolgten. Von den Juliopfern wurden 8 Kommunisten durch Polizeibeamte getötet. Unter der Zahl der politisch nicht näher Gekennzeichneten in der Statistik befinden sich 2 getötete Polizeibeamte. Im

August belief sich die Zahl der Opfer auf 1 Nationalsozialist, 2 Kommunisten, 4 Angehörige der Eisernen Front und 1 nicht näher Gekennzeichneter.

Hindenburg-Ehrung in Anhalt abgelehnt

Deffau, 29. Sept. Aus dem Büro des Staatsministeriums wird mitgeteilt: „Der Antrag des Reichsministers des Innern, am 2. Oktober die Dienstgebäude des Landes und der öffentlichen Verbände zu beslaggen, in den Schulen am 1. oder 3. Oktober des Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten in schlichter Form zu gedenken und im Anschluß an diese Feier den Unterricht ausfallen zu lassen, hat das Staatsministerium keine Folge gegeben. Der Vorschlag des Staatsministers Dr. Dr. Knorr (Dnat. Sp.), des 2. Oktober entsprechend der Anregung des Reichsministers und dem Vorgehen in Preußen zu gedenken, hat sich nicht durchzusetzen lassen, da über diese Frage eine Uebereinstimmung im Staatsministerium nicht erzielt werden konnte.“

Wegen dieses Beschlusses der nationalsozialistischen Mehrheit im anhaltischen Ministerium nimmt Anhalt am 2. Oktober im Deutschen Reich eine Sonderstellung ein, und zwar eine sehr unrühmliche Sonderstellung. Daß man so dem greisen Reichspräsidenten die Ehrung versagt, wird zweifellos auch in nationalsozialistischen Parteikreisen nur wenig verstanden werden. Im übrigen wird aus Deffau gemeldet, daß der Geburtstag des Reichspräsidenten gleichwohl in der Landeshauptstadt in würdiger Weise begangen werden soll. Mitte nächster Woche soll eine große Kundgebung auf überparteilicher Grundlage stattfinden.

Die Verordnungen des Reichspräsidenten über die Agrarhilfsmaßnahmen veröffentlicht

Berlin, 29. Sept. Im Reichsgesetzblatt vom 29. September 1932 werden die Verordnungen des Reichspräsidenten über das landwirtschaftliche Vermittlungsverfahren, den Vorkaufschutz und Pächterschutz sowie über die Zinsberechtigung für den landwirtschaftlichen Kredit veröffentlicht.